

INHALT

TEIL I

1917–1933

Horst Möller Zur Einführung: Zwei Revolutionen und ihre Folgen	13
Alexander Schubin Zur Einführung: Die revolutionäre Epoche	18
■ Manfred Hildermeier / Alexander Schubin „Roter Oktober“. Die Machtübernahme durch die Bolschewiki 1917	23
■ Nikolaus Katzer / Alexander Schubin Der Brester Frieden 1918 und der Bürgerkrieg in Russland	33
■ Horst Möller / Alexander Schubin Die Novemberrevolution in Deutschland 1918	43
■ Alexander Borosnjak / Johannes Hürter Der Rapallo-Vertrag 1922 und die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee.....	53
■ Alexander Borosnjak / Eva Oberloskamp Das „Russische Deutschland“ in den zwanziger Jahren.....	65

TEIL II

1933–1945

Horst Möller Zur Einführung: Der Weg in den Krieg	75
Alexander Schubin Zur Einführung: Krieg und Frieden.....	82

■ Robert Maier Pariser Weltausstellung 1937. Der deutsche und der sowjetische Pavillon.....	87
■ Jekaterina Granzewa Pariser Weltausstellung 1937. Der deutsche und der sowjetische Pavillon.....	99
■ Jakow Drabkin / Carola Tischler Doppelt verfolgt. Deutsche im Exil in der Sowjetunion	111
■ Bianka Pietrow-Ennker Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag 1939.....	121
■ Alexander Tschubarjan Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag 1939.....	131
■ Johannes Hürter Stalingrad. Geschichte einer Schlacht 1942/1943	141
■ Michail Mjagkow Stalingrad. Geschichte einer Schlacht 1942/1943	151
■ Alexei Filitow / Hermann Wentker Die Konferenz von Potsdam 1945	161

TEIL III **1945–1961**

Helmut Altrichter Zur Einführung: Die Teilung der Welt.....	173
Alexei Filitow Zur Einführung: Die Spaltung Europas.....	180
■ Stefan Creuzberger Die Erste Berlin-Krise 1948/1949. Die sowjetische Blockade.....	187
■ Alexei Filitow Die Erste Berlin-Krise 1948/1949. Die Besiegelung der Teilung Deutschlands.....	197
■ Hubertus Knabe 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR	207

■ Boris Chawkin	
17. Juni 1953. Die Juni-Krise in der DDR	217
■ Hanns Jürgen Küsters / Faina Nowik	
Der Besuch Konrad Adenauers in Moskau 1955	227
■ Faina Nowik / Gerhard Wettig	
Die Zweite Berlin-Krise 1958–1961.	
Chruschtschow-Ultimatum und Mauerbau	237
■ Faina Nowik / Stefan Wolle	
Licht aus dem Osten.	
Sowjetkultur im kollektiven Gedächtnis der DDR	247

TEIL IV

1962–1991

Helmut Altrichter	
Zur Einführung: Vom Kalten Krieg zum „gemeinsamen Haus Europa“	257
Alexei Filitow	
Zur Einführung: Vom Kalten Krieg zum europäischen Frieden	264
■ Bernd Faulenbach / Alexei Filitow	
Der Moskauer Vertrag 1970	269
■ Jakow Drabkin / Yuliya von Saal	
Die Aufnahme Alexander Solschenizyns bei Heinrich Böll 1974	279
■ Wiktor Ischtschenko / Thomas Raithel	
Die Olympischen Spiele in Moskau 1980	289
■ Helmut Altrichter	
Perestroika. Die Wahl Gorbatschows	
zum Generalsekretär und die Folgen 1985–1991	299
■ Alexander Schubin	
Perestroika. Der Fall des kommunistischen Regimes 1985–1991	309
■ Eberhard Kuhrt / Alexander Schubin	
Die Öffnung der Berliner Mauer 1989	319

ANHANG

Zeittafel zur politischen Geschichte.....	331
Abkürzungen	343
Personen- und Ortsregister.....	345
Autoren, Herausgeber und Mitarbeiter.....	351

HINWEISE ZU DIESEM BUCH

FARBSCHEMA Um dem Leser über die drei Bände des deutsch-russischen Geschichtsbuches hinweg eine schnelle Orientierung jenseits der chronologischen Ordnung zu ermöglichen, wurde jeder Artikel einem Sachgebiet und jedem Sachgebiet eine Farbe zugewiesen. Blau steht für Ereignisse der deutschen Geschichte, Rot für Ereignisse der russischen bzw. sowjetischen Geschichte, Gelb für internationale Ereignisse und Grün für den Bereich Gesellschaft und Kultur.

DATUMSANGABEN In Russland galt bis zur Revolution der julianische Kalender. Er blieb im 20. Jahrhundert gegenüber dem westlichen, gregorianischen Kalender 13 Tage zurück. Die Daten des alten Stils werden hier in eckigen Klammern angegeben. Im Februar 1918 übernahm auch Sowjetrußland die westliche Zeitrechnung.

VORWORT

Die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen wurde Ende des 20. Jahrhunderts auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des damaligen Präsidenten Boris Jelzin gegründet. Sie begann ihre Arbeit 1998 nach einem Notenwechsel zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und widmet sich unterschiedlichen Aufgaben. Von Beginn an bemühte sie sich um die Öffnung von Archiven für die historische Forschung, die Durchführung bzw. Unterstützung von Forschungsprojekten zur deutschen und russischen Geschichte im 20. Jahrhundert, die Organisation von Kolloquien und Arbeitsgruppen sowie die Veröffentlichung von Monographien und Dokumenteneditionen. Außerdem sind fünf Bände der Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen erschienen, der sechste ist in Bearbeitung.

Die Arbeit der Kommission richtet sich nicht nur an Fachhistoriker, sondern zugleich an eine breitere Öffentlichkeit. Diesem Anliegen dienen u.a. die seit vielen Jahren unter Federführung von Professor Dr. Helmut Altrichter (Universität Erlangen-Nürnberg) gemeinsam mit Prof. Dr. Alexander Schubin (Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften) und weiteren Kollegen betriebenen Internetportale „100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991)“ und „100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert“. Hier werden in beiden Sprachen systematisch ausgewählte und kommentierte Dokumente für den deutschen und russischen Bildungs- und Studiengebrauch veröffentlicht.

Auf Vorschlag des russischen Co-Vorsitzenden Akademik Alexander O. Tschubarjan bereitet die Gemeinsame Kommission seit längerem die Veröffentlichung eines gemeinsamen Geschichtsbuchs vor, das nicht allein für den Schul- und Studiengebrauch, sondern für alle an der deutsch-russischen Geschichte Interessierten zugänglich sein soll. Nach Auffassung der Kommission kann ein solches Lehrbuch dazu beitragen, das jeweils andere Volk, seine Traditionen, Werte, kulturellen Mentalitäten besser zu verstehen. Nach einem Jahrhundert voller Kriege, Massenverbrechen und tragischer Ereignisse erscheint diese Aufgabe umso dringlicher, als nach Ende des Kalten Krieges 1989/91 auch in den deutsch-russischen Beziehungen eine neue Epoche angebrochen ist. Nur die Kenntnis der Entwicklungen des 20. Jahrhunderts und ihrer historischen Voraussetzungen kann die Analyse der Vorurteile und Fehler der Vergangenheit für einen nachhaltigen Lernprozess fruchtbar machen. Dadurch kann die gesellschaftliche Kooperation zwischen den

beiden Staaten verbessert werden. Innerhalb der deutsch-russischen Historikerkommission ist dieser Zustand erfreulicherweise schon heute erreicht, so dass mit der schwierigen Aufgabe eines gemeinsamen Geschichtsbuchs begonnen werden konnte.

Von Anfang an verfolgte das Autorenteam nicht das Ziel, die noch bestehenden Unterschiede bei der Bewertung der internationalen Politik, der inneren Entwicklung der beiden Länder oder kulturellen Traditionen beider Völker zu verwischen oder zu leugnen. Den wichtigsten Sinn ihrer gemeinsamen Arbeit an diesem Buch sahen die deutschen und die russischen Wissenschaftler darin, wechselseitig die Perspektiven der Kenntnis des Anderen zu erweitern. Deshalb wurde beschlossen, nach Möglichkeit die Themen jeweils von einem russischen und einem deutschen Autor gemeinsam bearbeiten zu lassen. Wo keine Einigung erzielt werden konnte, werden zwei parallele Darstellungen desselben Themas veröffentlicht. Auf diese Weise respektieren wir die Mündigkeit des Lesers, der sich selbst ein Urteil bilden kann und soll.

Natürlich war es im Rahmen eines vertretbaren Umfangs nicht möglich, eine enzyklopädische Darstellung der Geschichte beider Länder, ihrer bilateralen Beziehungen und transnationalen Entwicklungen zu geben. Stattdessen haben wir einzelne Ereignisknoten zu Modulen zusammengefasst, die ein zwar speziell ausgewähltes, insgesamt aber repräsentatives Spektrum der deutsch-russischen Geschichte bieten. Sie werden jeweils durch Karten, Schaubilder und Abbildungen unterschiedlichen Genres illustriert, wodurch die Anschaulichkeit des Lehrbuchs erhöht wird. Die Kommission wird drei Bände, jeweils zum 18., zum 19. und zum 20. Jahrhundert veröffentlichen.

Zunächst wird der Band über die Geschichte des 20. Jahrhunderts publiziert, da die besondere Aktualität und die gesellschaftlich-politische Bedeutung des vergangenen Jahrhunderts für die deutsch-russischen Beziehungen berücksichtigt wurden. Das Problem einer bilateralen Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts liegt allein schon in der Tatsache, dass Deutschland und Russland in zwei verheerenden Kriegen Feinde waren. Es ist nicht verwunderlich, dass bei bestimmten Themenkomplexen gegensätzliche Einschätzungen und Urteile sichtbar werden, sowohl bei der Darstellung der Ereignisse der 1930er Jahre als auch bei der Nachkriegsentwicklung in der Sowjetunion und Deutschland. Wir halten es für sinnvoll, den Lesern des Lehrbuchs die unterschiedlichen Sichtweisen der russischen und der deutschen Historiker vorzustellen.

Der Band zum 20. Jahrhundert ist in vier chronologische Teile gegliedert (1917–1933, 1933–1945, 1945–1961, 1962–1989/91). In die einzelnen Teile führen jeweils knappe Überblicksskizzen ein, die den Gesamtzusammenhang der Epoche für die jeweils behandelten vier einzelnen Stationen beleuchten. Sie beschränken sich nicht auf die deutsch-russische Geschichte, gewichten diese aber im Kontext des jeweiligen Zeitraums. Die Bände I (18. Jahrhundert) und II (19. Jahrhundert) sollen 2014/15 folgen.

Wir danken insbesondere Prof. Dr. Helmut Altrichter und seinem Team, Jörn Petrick, Matthias Dornhuber und Lilia Antipow, sowie Dr. Wiktor Ischtschenko, Stv. Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie

der Wissenschaften und russischer Sekretär der Kommission, die einen großen Anteil an der Vorbereitung des Lehrbuchs haben. Unser Dank gilt insbesondere auch Herrn Eberhard Kuhrt als Leiter des deutschen Sekretariats der Kommission für die organisatorische und sachliche Unterstützung dieses Projekts. Darüber hinaus danken wir allen Autoren sowie den Verlagen in beiden Ländern, die die Veröffentlichung des Geschichtsbuchs übernommen haben.

Ohne die Förderung durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft und das Außenministerium der Russischen Föderation sowie das deutsche Bundesministerium des Inneren wäre die Arbeit der deutsch-russischen Geschichtskommission an dem ersten gemeinsamen historischen Bildungsprojekt nicht möglich gewesen.

Die Gemeinsame Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen dankt den beteiligten Ministerien für ihre vielfältige und umfassende Unterstützung der Kommissionsarbeit, einschließlich der Förderung dieses Geschichtsbuchs.

München und Moskau, im Oktober 2013

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller
Deutscher Co-Vorsitzender

Akademik Prof. Dr. Alexander O. Tschubarjan
Russischer Co-Vorsitzender

TEIL I

1917–1933

ZUR EINFÜHRUNG

ZWEI REVOLUTIONEN UND IHRE FOLGEN

HORST MÖLLER

„Urkatastrophe Europas“ nannte der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan den Ersten Weltkrieg und leitete daraus die folgenden internationalen und nationalen Krisen ab, die zu den Ursachen des Zweiten Weltkriegs gehörten. Und tatsächlich hat es in der von militärischen Konflikten übersäten Geschichte der Menschheit keine Kriege gegeben, die eine vergleichbare Zahl von Opfern gefordert, derartige Zerstörungen und moralische Verheerungen angerichtet haben. Die Zahlen sind aussagekräftig: Im Ersten Weltkrieg verloren etwa 10 Millionen Menschen ihr Leben, darunter acht Millionen Soldaten; 55 Millionen tote Soldaten und Zivilisten lautete die Bilanz des Zweiten Weltkriegs, wobei in beiden Fällen die ungeheure Zahl der Verletzten und Verstümmelten, der Traumatisierten nicht einmal enthalten ist. Eine weitere fatale Entwicklung begann im ersten großen Krieg des 20. Jahrhunderts und gelangte im zweiten auf einen nie dagewesenen Höhepunkt: Die Zahl der getöteten Zivilisten stieg außerordentlich, das galt für alle kriegführenden Länder, insbesondere für Polen, auch für Deutschland, in extremer Weise aber für die Sowjetunion, die die weitaus größte Zahl der Opfer zu beklagen hatte. Obwohl die Schätzungen erheblich auseinandergehen – zwischen 20 und 29 Millionen, darunter ein bis zwei Drittel Zivilisten – beträgt die Zahl der Opfer in der Sowjetunion doch mit Sicherheit weit über 20 Millionen, allein dort also war sie 1941 bis 1945 mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtzahl der Toten des Ersten Weltkriegs.

Schon der Erste Weltkrieg brachte also eine massive Entgrenzung der Gewalt und setzte eine Spirale in Gang, die bis 1945 andauerte. Die beiden russischen Revolutionen 1917 und die deutsche Revolution 1918/19 sind ohne den Ersten Weltkrieg nicht zu erklären, für beide war die schlechte Kriegslage 1917 bzw. die Kriegsniederlage 1918 ein entscheidender Auslöser, wenngleich nicht die einzige Ursache. Zu diesen Ursachen zählte ein wachsender Reformbedarf im Deutschen Kaiserreich und im zarischen Russland, auch wenn beide Staaten höchst unterschiedlich waren.

Das Kaiserreich war ein konstitutioneller Rechtsstaat mit modernem Wahlrecht und starken parlamentarischen Elementen, war ein moderner Industriestaat mit hoher gesellschaftlicher Dynamik. Doch hatte diese Modernität Grenzen: Das Wahlrecht von 1871 galt nur auf Reichsebene, nicht aber in den (aufgrund der föderativen Struktur sehr starken) Einzelstaaten wie dem Hegemonialstaat Preußen. Auch auf Reichsebene war das Wahlrecht aufgrund der Industrialisierung und Land-Stadt-Wanderung ungerecht geworden. Die Stellung des Deutschen Reichstags wurde zwar im Laufe der Jahrzehnte stärker, doch kam es zu einer echten Parlamentarisierung erst zwei Wochen vor Ausbruch der Revolution Ende Oktober 1918, in jedem Fall zu spät. Russland war in jeder Beziehung weniger modern als Deutschland, hatte auch schon vor dem Oktober 1917 Revolutionen gekannt und seit jeher stärkere revolutionäre und anarchistische Bestrebungen. So unterschiedlich beide Länder waren, die gesellschaftliche Struktur, die einige Gruppen privilegierte, die große Masse der Bevölkerung aber benachteiligte, spielte für die soziale Unzufriedenheit eine große Rolle.

In drei der fünf am Krieg beteiligten europäischen Großmächte führte die Kriegsniederlage zu Revolutionen: In Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn wurden die Monarchien gestürzt, der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn wurde aufgelöst, auf seinem Staatsgebiet entstanden außer dem extrem verkleinerten Österreich eine Reihe neuer Staaten wie die Tschechoslowakei; auch das zarische Russland wurde stark verkleinert. Auch dort wurden neue Staaten gegründet wie die baltischen; Polen, dessen Kerngebiet seit dem Wiener Kongress 1815 dem Zarenreich angeschlossen worden war, wurde wieder ein selbständiger Staat. Deutschland verlor im Westen an Frankreich und Belgien, im Osten vor allem an Polen insgesamt 70 000 Quadratkilometer mit 7,3 Millionen Einwohnern.

In den beiden Siegerstaaten Großbritannien und Frankreich (das territorial durch das Elsaß und Teile Lothringens beträchtlich dazu gewonnen hatte) bestanden zwar die parlamentarische Verfassungsordnung und die Staatsform fort, doch blieben auch sie nicht von schweren ökonomischen und sozialen Krisen verschont, die wesentlich auf Kriegsfolgelasten beruhten.

Der für Russland harte Friedensvertrag von Brest-Litowsk 1918 und der für Deutschland noch nachhaltiger belastende Vertrag von Versailles 1919 hinterließen massive Unzufriedenheit bzw. einen erklärten Revisionismus – in der Weimarer Republik war der Wille, den Friedensvertrag zu revidieren, fast die einzige Gemeinsamkeit aller Parteien, von den extremen Nationalisten bis zu den Kommunisten, die den Vertrag als „imperialistisches Diktat“ der Sieger betrachteten. In Russland akzeptierten die Bolschewiki den Vertragsschluss von Brest-Litowsk vor

allem, um die Revolution nicht zu gefährden. Überall in Europa, insbesondere jedoch im östlichen Mitteleuropa und in Osteuropa blieben die Nationalitäten- und Minderheitenprobleme ungelöst. Die vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündeten „14 Punkte“, nach denen die Neuordnung Europas in Form demokratisch legitimierter, reiner Nationalstaaten erfolgen sollte, blieben unerfüllt. Tatsächlich waren die neugegründeten Demokratien keineswegs alle Nationalstaaten, in der Tschechoslowakei beispielsweise stellten die Tschechen (43 Prozent) zwar vor den Deutschen (23 Prozent) und den Slowaken (22 Prozent) die stärkste Bevölkerungsgruppe, aber keineswegs die absolute Mehrheit. Grenzziehungen erfolgten wie im Falle der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien zum Teil gegen die Mehrheit der Bevölkerung, in vielen Staaten lebten starke nationale Minderheiten. Zwar hat der 1919/20 in Genf gegründete Völkerbund in verschiedenen Anläufen versucht, die Minderheitenproblematik durch Schutzmaßnahmen oder autonome Rechte zu lösen, doch nur mit sehr begrenztem Erfolg, etwa im Falle der türkisch-griechischen Auseinandersetzungen.

Mit anderen Worten: Die Revolutionen und Friedensschlüsse ließen so viele Probleme ungelöst bzw. schufen neue, dass das Europa der Zwischenkriegszeit von Anfang an instabil war: So war der spätere britische Premierminister Winston Churchill schon zu Beginn der zwanziger Jahre überzeugt, dass es zu einem neuen Krieg kommen würde, der italienische Premier Francesco Nitti veröffentlichte 1921 ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Das friedlose Europa“ – worin unter anderem deutlich wurde, wie unzufrieden auch das „Siegerland“ Italien mit den Friedensschlüssen war.

Die Instabilität war doppelter Art, sie betraf zum einen das internationale System, aus dem sich die kriegsentscheidenden USA wegen der mangelnden Kooperationsbereitschaft der europäischen Siegerstaaten weitgehend zurückgezogen hatten, zum anderen die innen- und gesellschaftspolitische Situation der neugegründeten Staaten. Insofern kam es noch nicht zu der bipolaren Welt, die viele Historiker mit dem weltgeschichtlichen Schlüsseljahr 1917 beginnen lassen, in dem die USA in den Krieg eintraten (und ihn damit entschieden) und die Oktoberrevolution in Russland siegte. Die Konfrontation der Systeme war erst Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges.

Im System von Versailles blieben, bis auf eine zeitweilige Annäherung, zwei der europäischen Großmächte – das Deutsche Reich und die Sowjetunion – Außenseiter, was ihre trotz ideologischer Gegensätze entwickelte partielle Kooperation erklärt. Konnte ein internationales System von nun noch vier Großmächten, in dem zwei nicht integriert waren, wirklich stabil sein? Aber auch eine dauerhafte innenpolitische Stabilität hat kaum eine der neugegründeten Demokratien gewonnen, am ehesten noch die Tschechoslowakei und Finnland, wo die Demokratie nicht durch innere Krisen zerstört wurde.

Die kommunistisch-bolschewistische Diktatur in Sowjetrußland seit der Oktoberrevolution 1917 war anders als die später entstehenden europäischen Diktaturen kein Produkt der Krise der parlamentarischen Demokratien in den zwanziger Jahren. Die meisten der 1918/19 begründeten neuen demokratischen Republiken oder demokratischen Monarchien gingen in den folgenden eineinhalb Jahr-

zehnten den Weg in die Diktatur, wobei in der Regel Kriegsfolgen, wie die hohe Kriegsschuldung, und daraus resultierende Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen zu den Ursachen zählten.

In Ungarn errichtete Admiral Miklós Horthy schon im November 1919 eine Militärdiktatur, in Polen putschte 1926 erfolgreich Marschall Józef Piłsudski, in Rumänien führte König Carol II. 1930 ein persönliches Regiment ein, auf dem Balkan kam das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen nicht zur Ruhe, wo 1929 König Alexander I. eine Militärdiktatur errichtete, bevor er 1934 mit dem französischen Außenminister Louis Barthou in Marseille ermordet wurde, in Griechenland errichtete General Ioannis Metaxas nach vielen Unruhen 1936 eine Militärdiktatur, in den baltischen Staaten entstanden ebenfalls Militärdiktaturen, zuerst 1926 in Litauen durch Antanas Smetona. Aber auch in Südeuropa waren die antidemokratischen Bewegungen erfolgreich, zunächst mit Benito Mussolinis faschistischem Putsch in Italien 1922. In Spanien hatte es schon zwischen 1923 und 1930 eine Militärdiktatur Miguel Primo de Riveras gegeben, bevor sich dann im blutigen Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 General Francisco Franco als Diktator durchsetzte. In Portugal herrschte seit 1932 Antonio di Oliveira Salazar mit einer Art Verwaltungsdiktatur autokratisch. In Österreich putschte 1933 Engelbert Dollfuß und begründete ein „austrofaschistisches“ Regime, in Deutschland führte die nationalsozialistische Revolution seit März 1933 innerhalb weniger Wochen und Monate zu einer totalitären ideologischen Diktatur, die in schärfster ideologischer Todfeindschaft zur bolschewistischen Sowjetunion stand, aber im Hinblick auf den Terror und die mit terroristischen Mitteln erzwungene „Gleichschaltung“ der Bevölkerung – paradox genug – zugleich die größten Gemeinsamkeiten aufwies.

Die in den zwanziger und dreißiger Jahren auf dem Boden scheiternder Demokratien entstehenden Diktaturen waren also unterschiedlicher Art, es handelte sich um autoritäre Regime, Militärdiktaturen, faschistische und nationalsozialistische Diktaturen. Gemeinsam war ihnen der Antikommunismus, doch hatten sie über diese Grenze hinweg eine weitere wesentliche Übereinstimmung: Ihr gemeinsamer Feind waren die rechtsstaatlich-liberalen Demokratien.

Die Revolutionen in Russland und Deutschland 1917 bzw. 1918/19 hatten zu gegensätzlichen politischen Systemen geführt, nachdem der kommunistisch-spartakistische Flügel um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sich nicht durchsetzen können und beide von Rechtsextremisten im Januar 1919 in Berlin ermordet worden waren. Gleichwohl entwickelten sich während der zwanziger Jahre doch Kooperationen unterschiedlicher Art. Fortbestehende Unruhen in beiden Ländern wie der nationalistisch-monarchistische Kapp-Putsch in Deutschland im März 1920, der Hitler-Putsch in München 1923 oder der auf Befehl Wladimir Lenins blutig niedergeschlagene Matrosenaufstand in Kronstadt bei Petrograd im März 1921 änderten nichts an einer gewissen politischen Stabilisierung, die bilateralen Handlungsspielraum eröffnete. So schlossen beide Staaten – zur Beunruhigung anderer europäischer Mächte – 1922 den Vertrag von Rapallo, der der politischen und wirtschaftlichen Normalisierung ihrer Beziehungen diene. Während der zwanziger Jahre vereinbarte die Reichswehrführung mit der Sowjet-

führung unter Umgehung der Deutschland im Vertrag von Versailles 1919 auferlegten Entwaffnungsbedingungen geheime Waffenlieferungen für die „Schwarze Reichswehr“.

Außerhalb der Regierungskooperation blieb naturgemäß die überwiegend politisch bedingte starke russische Emigration nach Deutschland, insbesondere nach Berlin in den frühen zwanziger Jahren, doch gewann sie für den kulturellen Austausch erhebliche Bedeutung und führte insofern die Tradition beispielsweise russischer Maler wie Wassily Kandinsky, Alexej von Jawlensky und anderer fort.

Von inneren Problemen abgesehen, schien sich auch die internationale Lage zu beruhigen: Die Sowjetunion wurde von den meisten Staaten seit Februar 1924 völkerrechtlich anerkannt. Deutschland verzichtete für seine in Versailles festgelegten Westgrenzen mit Frankreich und Belgien in den von Gustav Stresemann und Aristide Briand ausgehandelten Locarno-Verträgen vom Oktober 1925 auf jegliche Änderungen, behielt sich aber die friedliche Revision seiner Ostgrenzen vor und wurde 1926 in den Völkerbund aufgenommen, die Sowjetunion folgte 1934.

Am 24. April 1926 schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag (sogenannter Berliner Vertrag). 1932 unterzeichnete die Sowjetunion eine Reihe von Nichtangriffspakten, so mit Finnland, Lettland, Estland, Frankreich und Polen, das noch 1920 Sowjetrußland angegriffen hatte. Das Deutsche Reich schloss am 26. Januar 1934 seinerseits einen Nichtangriffspakt mit Polen. Doch wie die nächsten Jahre zeigen sollten, war diese Ruhe trügerisch, die Verträge erwiesen sich zum Teil als Ablenkungsmanöver von den tatsächlichen außenpolitischen Zielsetzungen der beteiligten Regierungen.

Ein realistischeres Bild der wahren Lage boten die inneren Entwicklungen, die wesentlich zum Scheitern der Demokratien beitrugen. In Deutschland boten die ökonomischen und politischen Krisen sowie die damit einhergehende Hyperinflation 1923 nur einen Vorgeschmack. Nach mehrjähriger Beruhigung wurden seit 1929 die kapitalistischen Industriestaaten erschüttert: Seit dem New Yorker Börsenkrach vom 24. Oktober 1929, dem „Schwarzen Freitag“, setzte eine zunehmend dramatische, einige Jahre andauernde Weltwirtschaftskrise ein, die besonders katastrophal für das schon seit dem Krieg ökonomisch geschwächte Deutschland war. Auf ihrem Höhepunkt im Februar 1932 waren mehr als sechs Millionen Deutsche arbeitslos, was nahezu 40 Prozent der deutschen Bevölkerung direkt oder indirekt betraf. Erst seit der Wirtschaftskrise wuchs die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) von einer Splittergruppe mit nur 2,6 Prozent bei der Reichstagswahl 1928 auf 18,3 Prozent im September 1930 und schließlich 37,3 Prozent im Juli 1932 an.

In der staatsmonopolistischen Sowjetunion wirkte sich zwar die Weltwirtschaftskrise nicht aus. Doch hatte die auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei im März 1921 beschlossene Neue Ökonomische Politik (NÖP) die Hungersnot von 1921/22 nicht mehr verhindern können. Im Januar 1924 war Lenin verstorben. Josef Stalin, der seit 1922 Generalsekretär der Partei war, behauptete sich im Machtkampf um die Nachfolge und setzte sich auf dem 14. Parteitag Ende Dezember 1925 für die Weiterführung der NÖP ein. Primäres Ziel war nun nicht mehr die „Weltrevolution“, sondern der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“.

Trotz dieses Kurswechsels hielt die (1919 gegründete) „Kommunistische Internationale“ (Komintern) die kommunistischen Parteien anderer Länder, auch die KPD in Deutschland, weiterhin auf Moskauer Kurs. Seit 1927 verschärften sich mit der Verurteilung der „Linken Opposition“ (Lew Trotzki und Gregori Sinowjew) die innerparteilichen Auseinandersetzungen, während die von Stalin forcierte Industrialisierung wesentlicher Teil seiner „Modernisierungsdiktatur“ wurde.

ZUR EINFÜHRUNG: DIE REVOLUTIONÄRE EPOCHE

ALEXANDER SCHUBIN

Der Zeitraum von 1917 bis 1933 zählt zu den dramatischsten und ereignisreichsten Zeitabschnitten in der Geschichte Deutschlands und Russlands. Es war dies die Epoche zweier grandioser Revolutionen, politischer Instabilität, wirtschaftlicher und kultureller Modernisierung und des Erstarkens tragischer totalitärer Tendenzen. Unsere Länder waren in dieser Zeit in ein sehr enges Zusammenwirken einbezogen, wobei sie mal Gegner, mal *de facto* Verbündete gewesen sind.

Dieser Zeitabschnitt beginnt mit dem Ersten Weltkrieg, der in vielerlei Hinsicht das darauf folgende Schicksal Europas – und damit auch Deutschlands und Russlands – determinierte. Unsere Länder, die sich an den Fronten gegenüberstanden, suchten nach Wegen zum Frieden, zur sozialen Gleichstellung und zu politischen Freiheiten. Die schon seit langem herangereifte systemische sozial-ökonomische und sozial-politische Krise führte – zusätzlich belastet durch die Kriegsumstände – zur Revolution 1917 in Russland und 1918 in Deutschland. Diesen Schlüsselereignissen vom Anfang des 20. Jahrhunderts sind die Skizzen zur Oktoberrevolution in Russland und zur Novemberrevolution in Deutschland gewidmet. Historiker aus beiden Ländern lenken in diesen Skizzen die Aufmerksamkeit auf Übereinstimmungen und Unterschiede der revolutionären Entwicklung in Russland und Deutschland. Im ersten Fall kam ein bolschewistisches System an die Macht, das mit autoritären Mitteln und mit Gewalt versuchte, eine bis dahin nicht gesehene sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die sozialdemokratische Alternative erlitt in Russland eine Niederlage, obwohl sie noch Mitte 1917 nicht weniger einflussreich gewesen ist als in Deutschland. In Deutschland hingegen erlitten die Kommunisten eine Niederlage im Kampf mit der Sozialdemokratie und politisch weiter rechts stehenden Kräften.

Die Unterschiede in den Ergebnissen der beiden Revolutionen wurden sowohl durch die sozialen Umstände und kulturellen Traditionen beider Länder als auch durch subjektive Faktoren bestimmt. Deutschland war zu Beginn des 20. Jahrhunderts in industrieller Hinsicht ein weiter entwickeltes Land als Russland. Die Sozialdemokraten Deutschlands träumten vom Sieg einer neuen, sozialistischen Ge-

sellschaft, und selbst das Kaiserreich begann während des Krieges den Kapitalismus durch staatliche Regulierung einzuschränken. Aber die führenden Kräfte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) – unter ihnen Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann – ließen sich angesichts der wirtschaftlichen Zerstörungen nach dem Krieg nicht auf einen Kampf mit dem Kapitalismus ein. Das Banner des Kampfes für den Sozialismus wurde von den radikalen linken Sozialdemokraten unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hochgehalten, die die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründeten. Den Kommunisten gelang es jedoch nicht, hinreichende Unterstützung in der deutschen Gesellschaft zu gewinnen. Die radikalen Massen, die in deutschen Städten auf die Straße gingen, waren unorganisiert, während ihre Gegner entschlossen waren und nicht einmal vor der physischen Vernichtung der kommunistischen Führer zurückschreckten. Gewalt wurde zur „Hebamme“ der schwachen Weimarer Demokratie.

Russland war auf dem Weg zur Modernisierung hinter Deutschland zurückgeblieben, die Mehrzahl der Menschen lebte auf dem Lande und selbst den Theoretikern des Marxismus schien es, als ob das kommunistische Projekt wenig Chancen auf eine Umsetzung in diesem Land habe. Aber die tiefe sozial-ökonomische Krise, die Erschwernisse des Krieges und das politische Durcheinander schufen die Voraussetzung für die Stärkung der am meisten radikalen Bewegungen und vor allem des Bolschewismus. Beim Sieg der Bolschewiki spielten die persönlichen Eigenschaften ihres Führers, Wladimir Lenin, mit dessen Willen zur Macht und seinen ausgesprochen politischen Fähigkeiten eine große Rolle. Im Ergebnis begann man, das marxistische Projekt in einem Land umzusetzen, das weitaus weniger dafür bereit war als Deutschland, die Heimat von Karl Marx. In Russland wurde jedoch unter von Marx übernommenen ideologischen Losungen an der Umsetzung eines Programms gearbeitet, das der Stärkung des Staates und einer Zentralisierung der Gesellschaft diene und alle Kräfte mobilisierte, um einen wirtschaftlichen Sprung, den Aufbau einer modernen Industrie und die Modernisierung der Landwirtschaft zu erreichen.

Die inneren Erschütterungen in beiden Ländern standen in vielerlei Hinsicht in Beziehung zu den Ergebnissen des Ersten Weltkriegs, in dem sich Deutschland und Russland gegenüberstanden. Der Austritt aus dem Krieg und die Regelungen nach dem Krieg mussten ebenfalls Themen unserer Skizze sein. Eine dieser Skizzen befasst sich mit dem Brester Frieden von 1918, der Russland aus dem Krieg herausführte, jedoch beiden Ländern keine Ruhe brachte. Der Vertrag von Brest-Litowsk war ein Erfolg für Deutschland, das die Kontrolle über gewaltige Territorien des ehemaligen russischen Imperiums erhielt. Aber auch das half Deutschland nicht, den Ersten Weltkrieg für sich zu entscheiden. Für Russland wurde der Brester Frieden zu einer Erniedrigung, verstärkte die inneren Widersprüche und förderte, neben anderen Faktoren, die Entfesselung des blutigen Bürgerkriegs 1918 bis 1922. Die Ereignisse dieses Krieges werden auch kurz in der Skizze über die Folgen des Brester Friedens angeschnitten. Die Kämpfe der weißen und roten Armeen fanden vor dem Hintergrund zahlreicher aufständischer Bewegungen statt, deren Teilnehmer – in ihrer Mehrzahl Bauern – ihre Rechte auf Freiheit und sozialen Wohlstand durchzusetzen versuchten. Dem Bolschewismus gelang es jedoch,

ein System zur Konzentration von Mitteln und Kräften zu schaffen, das den Sieg über die zahlreichen Gegner sicherstellte. Die rote Flagge entfaltete sich über einem immer größer werdenden Teil des Gebiets des ehemaligen russischen Imperiums. 1922 entstand ein neuer Staat, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR).

Im Ergebnis der außenpolitischen Niederlagen und der inneren Wirren fanden sich Deutschland und Russland als die „Parias Europas“ wieder. Der Versailler Vertrag von 1919 und andere Verträge, die die Bilanz des Ersten Weltkrieges zogen, wurden von den Siegern, den Führern der Entente, aus einer Position der Stärke heraus formuliert. Deutschland und seine Verbündeten sollten Gebiete abtreten, Reparationsleistungen aufbringen und abrüsten. Dies schuf in Deutschland eine gewaltige, Revanche einfordernde Stimmung, die zu einer Zeitbombe sowohl für das politische Gefüge der Weimarer Republik als auch für das gesamte Gebäude des Versailler Systems der internationalen Beziehungen wurde.

Gleichzeitig fanden sich Sowjet-Russland und später die UdSSR als Gegner des Versailler Systems wieder, das die Interessen Russlands ignorierte. Die Bolschewiki waren in den Augen der Führer der Entente ein ungesetzliches Regime. Allerdings konnte sich die Entente nicht mit Mitteln der Gewalt mit Sowjet-Russland messen und war gezwungen, den Verhandlungsweg zu einer Normalisierung der Beziehungen einzuschlagen.

Der Widerstand gegen das Versailler System förderte die Annäherung unserer beiden Länder und den Abschluss des Vertrages von Rapallo im Jahre 1922. Diesem ist ebenfalls eine Skizze in diesem Geschichtsbuch gewidmet, die aufzeigt, dass Rapallo den Weg zu einer engen Zusammenarbeit früherer Feinde, darunter auch im militärischen Bereich, eröffnete. Das Deutschland der Weimarer Zeit erhielt den nötigen Raum, wo es seine Verteidigungsfähigkeit erproben und wieder herstellen konnte, und die UdSSR erhielt Zugang zu den technologischen Erfahrungen Deutschlands. Bis zum Machtantritt Adolf Hitlers näherten sich Deutschland und Russland, der Logik der Weltpolitik folgend, weiter an.

In diesem Zeitabschnitt waren unsere Länder nicht nur durch wirtschaftliche und politische Beziehungen, sondern auch durch den gegenseitigen kulturellen Austausch miteinander verbunden. Ein spezieller Abschnitt in dieser Publikation ist dem „russischen Deutschland“, dem Leben der Emigranten, die vor dem Hunger und vor Repressalien aus Russland geflohen waren, gewidmet. Deutschland wurde zu jenem neuen Haus, in dem die russischen Emigranten ihre schöpferische Kraft weiter einsetzten und dabei das Weltkulturerbe bereicherten.

Die mit Kriegen und Revolutionen begonnene Epoche endete 1933 tragisch. 1929 begann die Weltwirtschaftskrise, die sich schmerzhaft auf die Wirtschaft und die Bevölkerung Deutschlands auswirkte. Zur gleichen Zeit entsagten die Führer der UdSSR der marktwirtschaftlichen Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) und bemühten sich, innerhalb kurzer Zeit eine neue industrielle Basis zu schaffen, die das Land an die am meisten entwickelten Ländern der Erde heranführen sollte. Aus dem scharfen interfraktionellen Kampf unter den kommunistischen Führern ging Josef Stalin als Sieger hervor. Die politische Instabilität in Deutschland eröffnete den Nationalsozialisten viele Wege zum Erfolg.

DIE REVOLUTIONÄRE EPOCHE

Die Welt und unsere Länder hatten sich tragisch verändert. In der UdSSR führte der Sprung des ersten Fünfjahrplans zur Hungersnot der Jahre 1932 bis 1933. In Deutschland stimmten die politischen Eliten im Januar 1933 dem Machtantritt Hitlers, der den Revanchismus zur Grundlage seiner Politik machte, zu. Im Fernen Osten entfaltete sich seit 1931 eine japanische Aggression gegen China, die auch die Sowjetunion bedrohte. Die Welt begann ihren Weg in den Zweiten Weltkrieg.